

2.6 Stadtteile – Wohnen – Zusammenleben

Unser Konzept heißt: Begegnung und Vernetzung. Unser Ziel sind lebendige Nachbarschaften. Unterschiede auf engem Raum sind typisch für moderne Städte. Deswegen finden manche das Leben in Städten anstrengend, andere suchen gerade eine solche Atmosphäre. Frankfurt ist eine schnelllebige Stadt, die von der Mobilität seiner Einwohner und einer Individualisierung der Lebensstile geprägt ist. Wie wir unser Zusammenleben einschätzen, hängt wesentlich davon ab, wie wir die Lebensqualität vertrauter Räume bewerten und vom Umgang der Menschen miteinander. Frankfurt ist eine Stadt der kleinen Räume, die eine je eigene Geschichte und einen besonderen Charakter haben. Die Vielfalt unserer internationalen Stadtgesellschaft prägt mittlerweile in unterschiedlicher Weise das Bild und das Alltagsleben jedes Frankfurter Stadtteils. Das sind gute Ausgangsbedingungen, um vor Ort Engagement unterschiedlicher Menschen zu fördern, und auf der Grundlage lokaler Netzwerke stadtweit Ausgrenzungen zu verhindern.

Ausgangssituation

Leitbild der deutschen Stadtplanung und Integrationspolitik ist weiterhin die europäische Stadt als ein Ort ökonomischer Dynamik und technologischer Innovation, kultureller Vielfalt und sozialer Integration. Segregation soll verhindert werden. Die ‚europäische Stadt‘ wird als das Ergebnis zum Teil jahrhundertelanger städtischer Planung begriffen. Eine Planung, die den öffentlichen Raum insgesamt, wie auch einzelne Stadtviertel vorausschauend gestaltet.

Zugleich stellen Phänomene wie die zunehmende Verflechtung von Städten mit ihrem Umland Herausforderungen für die Kommunen und die interkommunale Zusammenarbeit dar. Neue Aufgaben entstehen durch die Pluralisierung und Individualisierung von Lebensstilen. Die mögliche oder durch den Arbeitsmarkt erzwungene Mobilität der Bevölkerung führen dazu, dass die traditionellen sozialen Netze von Verwandtschaft und Nachbarschaft soziale Aufgaben seltener und nicht mehr in ausreichendem Maße übernehmen können.

Eine geringe räumliche und soziale Segregation gilt in Deutschland und Europa als ein wichtiger Indikator für die Integrationskraft einer Gesellschaft. Eine Wohnungspolitik, die Zugang, Erschwinglichkeit und Bestand im Auge hat, ist insofern maßgeblicher Bestandteil der Sozial- und Integrationspolitik. Ansatzpunkte bestehen in einem Zusammenwirken von infrastrukturellen und sozialen Maßnahmen. Ziel kommunaler Politik sind lebendige und

durch ein gutes Zusammenleben geprägte Nachbarschaften. Andererseits bleibt zu berücksichtigen, dass die vielfach beklagte Anonymität einer großen Stadt auch Rückzugsmöglichkeiten und Freiräume bietet, die von vielen Stadtbewohnern geschätzt werden. Sie sind ein Grund für die kreative Leistungsfähigkeit von Städten.

Eine Untersuchung des europäischen Städtenetzwerkes CLIP (Cities for Local Integration Policies) über „Wohnen und die Integration von Migranten in Europa“, dem ein Vergleich von 25 europäischen Städten, darunter auch Frankfurt am Main zugrundeliegt, kommt zu dem Ergebnis, dass die Konzentration bestimmter Gruppen nicht in jedem Fall problematisch sein muss. Ethnische Netzwerke auf Nachbarschaftsebene könne z.B. auch eine positive Funktion bei der Integration haben. Das gilt insbesondere für Neuankömmlinge, die auf diese Weise sozialen Halt in einem vertrauten Umfeld erhalten, aber auch eine erste Orientierung und Unterstützung sowie nicht selten eine Arbeit in einer ethnisch geprägten „community“, oder einen Hinweis erhalten, wo sie eine Arbeitsstelle finden können.

Für eine Beurteilung wichtig ist nicht zuletzt die Unterscheidung nach freiwilliger und unfreiwilliger Segregation. Eine „Parallelgesellschaft“ kann sich in gewisser Weise auch in bestimmten Branchen ausprägen und muss nicht ethnisch konnotiert sein, z.B. in sehr exklusiven Wohnvierteln, in denen eine bestimmte soziale Schicht dominiert.

Studien belegen, dass eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur keine notwendige Voraussetzung für die soziale Stabilität eines Wohnquartiers darstellen muss. Untersuchungen zu Vierteln anderer deutscher Großstädte führten zum Ergebnis, dass in sogenannten Problemvierteln gerade ein ausgeprägter ausländischer Bevölkerungsanteil zur sozialen Stabilisierung des Stadtteils beigetragen hat. Es besteht jedoch Übereinstimmung darüber, dass eine zu starke räumliche Konzentration von gesellschaftlich ausgegrenzten, auf staatliche Unterstützung angewiesenen Haushalten die Stabilität eines Quartiers gefährden kann. Solch eine Konzentration kann darüber hinaus zu Stigmatisierung und Diskriminierung führen und damit die Auswirkungen von Ausgrenzung zusätzlich verstärken.

In der Fachliteratur besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass stadträumliche Integration an Bedeutung gewinnt, nicht zuletzt wegen eines abnehmenden Integrationspotentials in familiären Lebensbereichen. Zugleich ist das nähere Umfeld der Ort, in dem sich kulturelle und soziale Differenzen, unterschiedliche Erwartungen von Generationen, Bevölkerungsgruppen und abweichende Lebensstile am ehesten sichtbar ausprägen. Einerseits können aus dieser Situation leicht Konflikte entstehen. Andererseits können aber auch neue Begegnungen, Nachbarschaften und Freundschaften entstehen und zur Entstehung neu gemischter Milieus und zu neuen Formen des Zusammenlebens beitragen.

Entwicklungen und mögliche Ansätze

Laut der in Frankfurt am Main seit 1993 regelmäßig durchgeführten Bürgerbefragungen sind die Frankfurter mit ihrer Stadt im Allgemeinen „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“; vier von fünf Befragten leben gerne in Frankfurt am Main. Deutsche und Ausländer unterscheiden sich dabei nicht we-

sentlich voneinander. Die Zufriedenheit mit dem Wohnungsmarkt ist dagegen deutlich geringer: 40% der Bevölkerung sind mit dem Wohnungsangebot unzufrieden, nur 19% äußern sich zufrieden. Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern wird im Allgemeinen gut beurteilt, was auch in mehreren internationalen Städterankings als wichtiger Bestandteil der Lebensqualität wie auch als Standortfaktor hervorgehoben wird. Andererseits bleibt das ‚Zusammenleben von Deutschen und Ausländern‘ in Umfragen als häufig genanntes Thema, was nicht nur darauf verweist, dass das Neben- und Miteinander unterschiedlicher Gruppen in Frankfurt besonders ins Auge fällt, sondern dass manches noch nicht selbstverständlich oder als Problem gelöst ist (vgl. Abbildung 27-28).

Verteilung der Vielfalt im Stadtgebiet

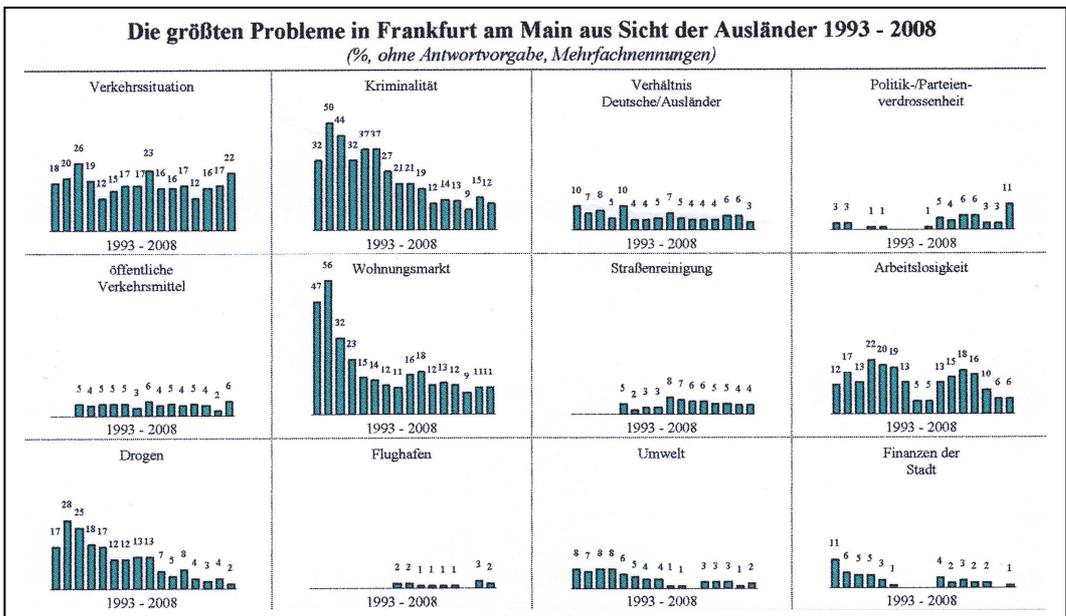
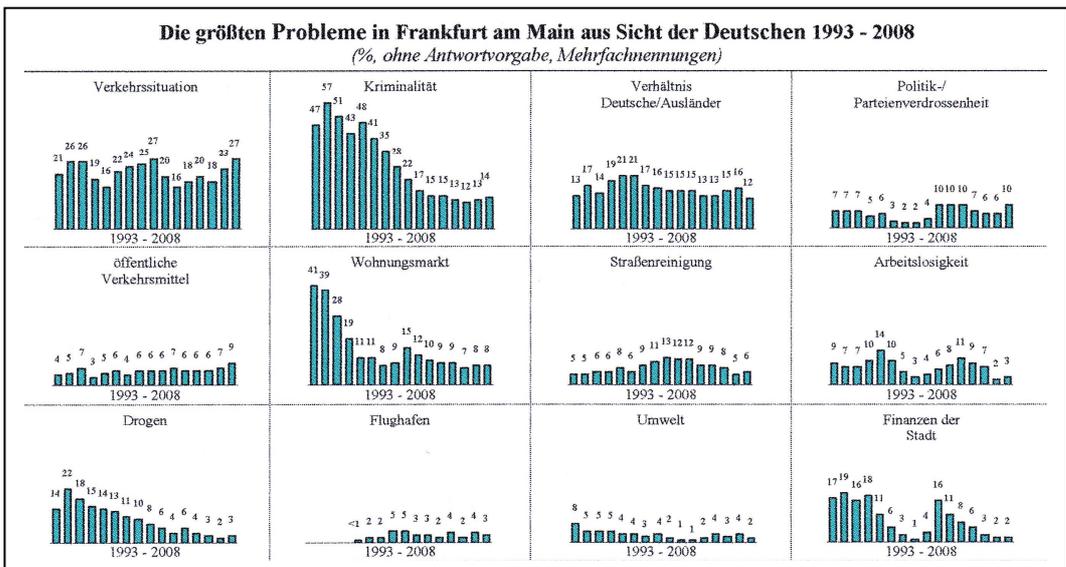
Die Vielfalt der Bevölkerung nach ihrer Herkunft ist ein Charakteristikum, das die gesamte Stadt Frankfurt am Main in all ihren Stadtteilen kennzeichnet. Schon längst sind es nicht mehr nur die Stadtteile längs des Mains von Höchst bis Fechenheim, die sich durch eine diverse Bevölkerung auszeichnen. Legt man der Betrachtung der geografischen Verteilung der Bevölkerung die Kriterien ‚Deutsche mit‘ und ‚ohne Migrationshintergrund‘ und Geburtsländer zugrunde, ergibt sich außerdem, dass jeder Stadtteil ausgeprägte eigene Merkmale aufweist. Aus solchen unterschiedlichen Situationen ergeben sich notwendigerweise unterschiedliche Handlungsnotwendigkeiten, -ansätze, und -chancen für das jeweilige Handeln vor Ort.

Beispiel: Integrationsleistung des Gallus. Die Frankfurter Integrationsstudie 2008 zeigt, dass einige Stadtteile, wie das Gallus, besondere Orte sind, in denen immer wieder Neuzugezogene aus dem Ausland ihren ersten Wohnort finden, in ihrer Mehrzahl aber nicht auf Dauer dort wohnen bleiben. Das bedeutet, dass es in solchen Stadtteilen einerseits darum geht, das Leben und Zusammenleben der fest ansässigen – ebenfalls sehr vielfältigen – Wohnbevölkerung zu befördern und dass andererseits immer wieder neue Integrationsleistungen von allen Beteiligten zu erbringen sind. Andere Stadtteile erleben hingegen vor allem einen Zuzug von Frankfurtern und Frankfurterinnen (z.B. der zweiten Generation) mit Migrationshintergrund oder von Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderern mit einem hohen sozialen Status (z.B. Beschäftigte von internationalen Unternehmen, auch solchen deren Aufenthalt begrenzt ist.).

Studien konstatieren, dass die ethnische Segregation in Frankfurt relativ gering und die komplexe Diversität der Bevölkerung – wenn auch in unterschiedlichen Zusammensetzungen – räumlich in der gesamten Stadt, in jedem Stadtteil, anzutreffen ist.

Beispiel: Der ‚Frankfurter Vertrag‘. Seit 1999 besteht zwischen der Stadt Frankfurt und den Wohnungsunternehmen der sog. ‚Frankfurter Vertrag‘, der für die Schaffung oder Etablierung sozial und nach Herkunftsgruppen gemischter Bewohnerstrukturen in den einzelnen Quartieren der Stadt abgeschlossen wurde. Der Plan beinhaltet eine Quotenregelung für die Belegung von Sozialwohnungen. Diese Regelung ist umstritten, da sie von kommunaler Seite als Diskriminierung interpretiert werden kann, gleichzeitig aber Segregationstendenzen entgegenwirkt.

Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts



Abbildungen 27-28: Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen

Bei allen Ergebnissen bleibt zu beachten, dass die Unterscheidung zwischen ‚Deutschen‘ und ‚Ausländern‘ zwar statistisch trennscharf ist, die komplexe Lebenswirklichkeit einer Stadt, in der 40% der Bevölkerung einen ‚Migrationshintergrund‘ haben, jedoch nicht abbilden kann.

Die soziale Stabilität eines Stadtteils ist besonders dann gefährdet, wenn nicht nur der Anteil ausländischer Personen sehr hoch ist, sondern auch der Anteil von Sozialhilfeempfängern. In den Frankfurter Gebieten mit hohem Sozialwohnungsanteil ist die Ausländerquote in den letzten Jahren gestiegen. Dennoch liegt der Ausländeranteil in diesen Stadtbezirken immer noch unter dem städtischen Durchschnitt. Von einer Konzentration der ausländischen Bevölkerung in den Gebieten mit hohem Sozialwohnungsanteil kann folglich in Frankfurt nicht die Rede sein. Problematisch ist vor allem die soziale, nicht die ethnische Segregation. In Frankfurt erfordern etwa 40 Wohngebiete mit sozialen Problemlagen besondere Aufmerksamkeit. In ihnen wohnen rund 10% der Bevölkerung. Sie unterscheiden sich in ihrer jeweiligen Zusammensetzung ihrer Bevölkerung, sind jedoch durch ethnische Segregation bestimmt.

Wohnstadt Frankfurt – Wohnraumversorgung

Bereits 2005 hat die Stadt Frankfurt „Wohnungspolitische Leitlinien“ festgelegt, in denen Wohnen als existentielles Gut und die Wohnverhältnisse als wichtige Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Persönlichkeit festgestellt werden. Zentrales Ziel der Leitlinien ist es, mit einer ausreichenden und angemessenen Wohnraumversorgung durch ein breites und dauerhaftes Wohnungsangebot, Frankfurt als „attraktiven Wohnstandort für unterschiedliche Bevölkerungsschichten, Generationen und Kulturen“ zu erhalten.

Die Wohnsituation in Frankfurt ist seit Jahren durch ein sehr hohes Mietniveau und eine quantitativ unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum gekennzeichnet, eine Situation, die alle Wohnungssuchenden unabhängig von ihrer Herkunft betrifft. Vor allem im unteren Preissegment ist der Wohnungsmarkt angespannt. Diese Situation besteht, obwohl der Wohnungsbestand in den letzten 20 Jahren um ca. 10% erhöht wurde.

Frankfurt gehört zu den Städten, denen ein weiterer, wenn auch geringer Bevölkerungszuwachs prognostiziert wird. Frankfurt ist darüber hinaus eine vergleichsweise ‚junge‘ Stadt. Frankfurt ist geprägt durch kleinere Haushalte und mehr Wohnfläche pro Kopf.

Es besteht insbesondere eine Unterversorgung an Mehrraum- und Großwohnungen (4 Zimmer und mehr), die hart umkämpft und teuer sind. Familien konkurrieren gegen Wohngemeinschaften und kinderlose Paare. Eine Folge ist die Abwanderung junger Familien – einer wichtigen Zielgruppe der Integrationspolitik – ins Umland. Aus dem Wohnungsversorgungsgrad nach Angebot und Eignung lässt sich ein Unterstützungsauftrag für mittlere und geringe Einkommen und ein Versorgungsauftrag für benachteiligte Gruppen ableiten. Seitens mittlerer und höherer Einkommensgruppen besteht nach wie vor eine Nachfrage nach repräsentativen Wohnangeboten.

Frankfurt verfügt dabei über wenige Flächenreserven, bei einer gleichzeitig hohen Bedeutung des Büro-Immobilienmarktes mit einem Bestand von 11,6 Millionen qm und einem jährlichen Zuwachs von etwa 180.000 qm Büroflächen. Neue Stadtviertel entstehen derzeit am Rebstockgelände, am Riedberg und im Frankfurter Bogen. Städtische Wohnungsbauprogramme sollen zwischen 2009 bis 2013 je 150 Wohnungen im Jahr zusätzlich schaffen. Seitens des Landes und Bundes bestehen Förderprogramme für den Wohnungseigentumserwerb.

Beispiel: Vorschläge der Studie „Frankfurt für alle“. Die von dem weltweit renommierten Frankfurter Planungsbüro Albert Speer & Partner GmbH 2009 vorgelegte Denkschrift „Frankfurt für alle“ enthält viele „Handlungsperspektiven für die internationale Bürgerstadt Frankfurt am Main“. Die durch private Sponsoren finanziell ermöglichte Studie verbindet die Ergebnisse von Fachgesprächen von AS&P mit Frankfurter Fachämtern mit einer freien Außenperspektive auf verschiedene Handlungsfelder, von Lebensqualität über Bildung und Wirtschaft bis zu Umwelteffizienz und regionaler Kooperation. Dabei wird u.a. auf der Grundlage neuer Bedarfsprognosen ein umfassend angelegtes Konzept angeregt, um Frankfurts Zukunft als Wohnstadt zu sichern und zu gestalten. Als Grundlage eines Gesamtkonzepts „Neues Wohnen in Frankfurt“ wird die Untersuchung heutiger Wohnbauflächenbestände und existierenden Quartiere auf Möglichkeiten zur Nachverdichtung und Qualitätsverbesserung vorgeschlagen.

Parallelgesellschaften, denen kommunale Politik entgegenwirken soll, können auch über den Mietmarkt entstehen, etwa durch Vorbehalte von Vermietern, durch höhere Sicherheiten, die von Einwohnern mit Migrationshintergrund verlangt werden, und eine dementsprechend geringere Auswahl von Wohnungen. Insbesondere kinderreiche ausländische Familien und deutsche Familien mit Migrationshintergrund stoßen auch in Frankfurt auf Vorbehalte bei Vermietern und Nachbarn.

Aber auch rechtliche Gründe können den Zugang zu Wohnraum beeinflussen. Grundsätzlich haben Ausländer die gleichen Rechte bei der Bewerbung um Wohngeld und Sozialwohnungen wie Deutsche, vorausgesetzt sie leben legal und dauerhaft in Deutschland. Diese Regelung schließt z.B. ausländische Studierende und Saisonarbeitskräfte vom Anspruch auf Sozialwohnungen aus, anders als etwa Flüchtlinge und Asylsuchende.

Studien in verschiedenen Städten ergeben immer wieder, dass Migranten und Migrantinnen kleinere Wohnungen bei höheren Quadratmeterpreisen bewohnen.

Beispiel: Mietzuschüsse. Wie in anderen deutschen Städten vergeben auch in Frankfurt Regierungen des Bundes und der Länder Mietzuschüsse oder Darlehenszahlungen beim Hauskauf und subventionieren Haushalte mit geringem Einkommen zur Deckelung ihrer Wohnkosten. Migranten haben dieselben Rechte, diese Zuschüsse einzufordern wie Einheimische, wenn sie legal und dauerhaft in Deutschland leben.

Eine Besonderheit Frankfurts ist die ausgeprägte Heterogenität seiner ausländischen Wohnbevölkerung mit vielen hochqualifizierten und einkommensstarken Bewohnern. In hochwertigen Wohngebieten herrscht in der Regel ein gutes Miteinander, das als urbanes Flair geschätzt und sogar gesucht wird. Auch der Erwerb von Wohnungseigentum ist für viele gut verdienende Migrantinnen und Migranten eine reale Möglichkeit. Eine weitere Besonderheit Frankfurts, der berufsbedingt eher kurzfristige Aufenthalt vieler gut verdienender und ausländischer Einwohner, führt jedoch dazu, dass Wohnungseigentum seltener erworben wird als es bei anderen Rahmenbedingungen sonst der Fall sein könnte.

Insgesamt trifft der angespannte Wohnungsmarkt Ausländerinnen und Ausländer im Durchschnitt stärker als Deutsche, da ihr ökonomischer Status niedriger ist und sie seltener Wohneigentum besitzen. Auch wenn die durchschnittliche Haushaltsgröße der ausländischen Bevölkerung seit Ende der 1990er Jahre kontinuierlich zurückgeht (die sich wechselseitig versorgende ausländische Großfamilie wird zunehmend zu einer Klischeevorstellung) leben ausländische Frankfurter häufiger in größeren Haushalten, für die in Frankfurt am Main besonders schwer Wohnungen zu finden sind. Allerdings wohnt die ausländische Bevölkerung auch bei gleicher Personenanzahl wie die deutsche in Wohnungen mit geringerer Fläche: Deutsche Frankfurter haben durchschnittlich 40,5 qm pro Person, während ausländische Frankfurter 27,2 qm pro Person zur Verfügung haben. Entsprechend höher ist die Unzufriedenheit der ausländischen Bevölkerung mit dem Wohnungsangebot: nur 15% sind zufrieden, rund 48% äußern sich unzufrieden.

Damit hängt zusammen, dass ausländische Frankfurterinnen und Frankfurter häufiger innerhalb der Stadt umziehen als Deutsche (2005 haben knapp 7% der Deutschen, aber 12% der Ausländer ihre Wohnung gewechselt). Rund 74% der Ausländerinnen und Ausländer und nur 69% der Deutschen wechseln bei einem innerstädtischen Umzug auch den Stadtteil. Unter der Prämisse, dass Anlass für einen Umzug häufig der Wechsel in attraktiveren Wohnraum ist, wertet die Frankfurter Integrationsstudie 2008 die hohe Zahl des Wohnungswechsels der ausländischen Bevölkerung als einen Indikator für gelingende Integration.

Zur Anzahl der Wohnungslosen und zu ihrer Herkunft existieren keine gesicherten Daten.

Zusammenleben in den Stadtteilen

Typisch für Frankfurt ist die Vielzahl der Sprachen, die man in öffentlichen Verkehrsmitteln oder bei kurzen, weitgehend anonymen Begegnungen auf Plätzen und großen Straßen hört. Wer in seinem Viertel auf der Straße oder in Geschäften einkauft, ein Café betritt oder am Kiosk stehen bleibt, hat nicht nur Kontakte zu vielen Gruppen, sondern erfährt auch, wie selbstverständlich Menschen unterschiedlicher Herkunft miteinander umgehen. Fremde Besucher bemerken immer wieder positiv, man werde in Frankfurt, anders als in vielen deutschen Städten, nicht „angestarrt“. Das Miteinander, das in einer Großstadt immer auch ein flüchtiges Nebeneinander ist, ist in Frankfurt von einer auffallenden Selbstverständlichkeit.

Die Situation und Erfahrungen sind indes von Viertel zu Viertel, von Person zu Person unterschiedlich; was von einigen als ein positives Merkmal von Urbanität geschätzt wird, wird von anderen als problematisch angesehen. In den Frankfurter Stadtteilen werden in Reaktion auf die jeweiligen Herausforderungen vor Ort und die vielfältigen Bedarfe die sich aus dem Zusammenleben einer heterogenen und vielfältigen Bevölkerung ergeben, schon seit langem eine Vielzahl von Angeboten, Projekten und Programmen in Kindereinrichtungen und Schulen, in Vereinen, in religiösen Gemeinden etc. angeboten. Arbeitskreise, Runde Tische und Netzwerke vor Ort befassen sich mit spezifischen lokalen Fragen, Herausforderungen und Problemen und versuchen, darauf zu antworten. Dabei wird, falls erforderlich, sehr kleinräumig vorgegangen. Die Frankfurter Wohnungsbaugesellschaften sind

in verschiedenen Initiativen engagiert, die ein friedliches Zusammenleben der Bewohnerinnen und Bewohner unterstützen. Die Stabsstelle ‚Sauberes Frankfurt‘ sorgt für ein angenehmes Erscheinungsbild im örtlichen Lebensumfeld. Interessens- und Anwohnergemeinschaften begleiten die Entwicklung in ihrem Viertel aufmerksam. Straßenfeste, die häufig von anliegenden Geschäften organisiert werden und Besucher aus vielen Teilen der Stadt anziehen, sind Höhepunkte im Kalender unserer Stadt. Als gewähltes und gut vernetztes Organ bleiben die Ortsbeiräte wichtige Instanzen zwischen den Stadtteilen und der gesamtstädtischen Ebene.

Die kommunalen Spitzenverbände sprechen sich in ihren in den Nationalen Integrationsplan (NIP) aufgenommenen Empfehlungen zur sozialräumlichen Integration dafür aus, durch Netzwerkbildung in den Stadtteilen und durch Quartiersmanagement gezielt das Zusammenleben zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu fördern. Dem kommt die Stadt Frankfurt mit einer Reihe von Projekten und Maßnahmen nach.

Beispiel: Programme „Soziale Stadt – Aktive Nachbarschaften“. Das seit 1999 begonnene Programm „Aktive Nachbarschaften“, durchgeführt vom Jugend- und Sozialamt, ist bundesweit einzigartig. Bis 2004 auf vier Pilotsiedlungen beschränkt, wird das Projekt derzeit in acht Gebieten – in Griesheim-Nord, in der Henri-Dunant-Siedlung in Sossenheim, in der Siedlung „im Mainfeld“ in Niederrad, in der Nordweststadt, in Rödelheim-West, im Quartier Atzelbergplatz in Seckbach, in der Siedlung im Taunusblick in Zeilsheim und in der Hermann-Brill-Siedlung in Sindlingen – fortgesetzt mit einem jährlichen Budget von 1,6 Mio. Euro und einer eigener Stabsstelle im Sozialdezernat. Ziel des Programms ist ein besseres Nachbarschaftsklima durch die Aktivierung der Bewohnerschaft und eine Verbesserung des Wohnumfeldes. Dazu dient ein kleinräumig angelegtes Quartiersmanagement in Kooperation von Stadt und verschiedenen Trägern freier Wohlfahrtspflege. Eine wiederkehrende Erfahrung ist dabei, dass gerade Migrantinnen und Migranten zu den ersten gehören, die sich in Nachbarschaftsprojekten engagieren. Ihr langfristiges Engagement benötigt besondere Unterstützung. Der Empfehlung des NIP, vom Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ Gebrauch zu machen folgt Frankfurt gegenwärtig mit zwei vom Stadtplanungsamt koordinierten Vorhaben in den Stadtteilen Gallus und Engelsruhe (Unterliederbach).

Auch die Empfehlung der Kommunalen Spitzenverbände, Präventionsräte einzurichten, ist in Gestalt der Regionalräte, der lokalen Netzwerke des Frankfurter Präventionsrates in vielen Frankfurter Stadtteilen schon seit einigen Jahren Realität. Diese Netzwerke leisten vor Ort wichtige Arbeit.

Mit einem Schwerpunkt in der Mediation von Nachbarschaftskonflikten unterhält das Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine stadtteilübergreifende Konfliktvermittlung und arbeitet bei der Ausbildung von Stadtteilvermittlern u.a. mit dem „Frankfurter Programm – Aktive Nachbarschaften“ zusammen.

Probleme im Zusammenleben können ganz verschiedene Ursachen haben. Unterschiedliche Auffassungen von Generationen, die Bedürfnisse junger Familien, der Alltag von Wohngemeinschaften, die Nachbarschaft, unterschiedliche soziale Lagen, auch unterschiedliche Arbeitszeiten, können ge-

nauso zu Nachbarkonflikten führen wie unterschiedliche kulturell bedingte Lebensweisen. Die persönliche Lage, der Verlust des Arbeitsplatzes oder Trennung in der Partnerschaft können auf die nähere Umgebung ‚abfärben‘. Es ist ein Unterschied, ob Menschen in einer Eigentümergemeinschaft oder als Mieter zusammenleben, in einem kleineren Haus oder in einer größeren Anlage. Nachbarschaftskonflikte können – auch innerhalb der gleichen sozialen Gruppe – zu einer großen Belastung nicht nur für die unmittelbar Beteiligten werden.

Beispiel: Stadtteilvermittlung des AmkA. Im Rahmen der von der Europäischen Kommission geförderten Projekte „Cities against Racism“ entwickelte das AmkA bereits zwischen 1995 und 1997 das Modellprojekt „Stadtteilvermittlung“. Nach einer zweijährigen Probephase wurde die Stadtteilvermittlung durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung als festes Projekt in die Arbeit des AmkA übernommen. Das Angebot richtet sich an alle Bewohner/innen Frankfurts – Deutsche und Migrant/innen in einer für das AmkA typischen arbeitsteiligen Vorgehensweise. Die Anlauf- und Koordinierungsstelle im AmkA nimmt Konfliktmeldungen auf, führt erste Beratungsgespräche und eine Konfliktanalyse durch mit dem Ziel, geeignete Stadtteilvermittler/innen auszuwählen. Die eigentliche Vermittlungstätigkeit erfolgt durch ehrenamtliche Stadtteilvermittler/innen. Außerdem werden andere Personen, wie z.B. Sozialbezirksvorsteher, Schiedsleute oder Ombudsmänner/frauen in die Vermittlungsarbeit einbezogen. Das AmkA übernimmt im Vermittlungsprozess die Moderation, leistet technische oder organisatorische Hilfe und organisiert, soweit erforderlich, eine weitere Kooperation mit den verschiedenen städtischen Ämtern und Institutionen. Derzeit stehen ca. 30 zu ehrenamtlichen Stadtteilvermittler/innen ausgebildete Frankfurter Bürgerinnen und Bürger für die Vermittlungsarbeit als neutrale Dritte zur Verfügung. Bis zum heutigen Zeitpunkt wurden – neben der präventiven Arbeit – 631 Konfliktfälle durch das AmkA bearbeitet. Das AmkA bietet engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die gerne einen Beitrag zur Konfliktprävention und -bewältigung leisten möchten, die Möglichkeit, an einer 36-stündigen Schulung zum/zur Stadtteilvermittler/in teilzunehmen. Zunehmend mehr Funktionsträger wie Quartiersmanager oder Kinderbeauftragte zeigen Interesse an der vom AmkA angebotenen Schulung. Die Schulung ist für die Teilnehmer/innen kostenlos und gibt ihnen einen Einblick in verschiedene Themengebiete aus dem Bereich Mediation und Konfliktvermittlung und bereitet sie auf den Einsatz vor Ort vor.

Die Programme des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten „Mama lernt Deutsch“, das Schulentwicklungsprojekt „mitSprache“, das vorschulische Förderprogramm „HIPPI“ und das Projekt „Ausbildungsorientierte Elternarbeit (AOE)“ werden, in Kooperation mit Schulen, Kindergärten und weiteren Einrichtungen, vor Ort umgesetzt und verstehen sich in diesem Sinn als Beitrag zur Integration in den Stadtteilen.

Unter dem Titel „Zusammenleben im Stadtteil“ hat das AmkA Ende 2006 eine themenübergreifende Veranstaltungsreihe für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Stadtteilen bzw. Ortsbezirken ins Leben gerufen, die neben Strategien der Konfliktlösung auch die strukturellen Entwicklungen von Frankfurter Stadtteilen vorantreiben möchte. Ziel ist es, über demografische Entwicklungen und strukturelle Bedingungen in den Stadtteilen zu in-

formieren. Darüber hinaus zielt das Projekt darauf, Begegnungen, Kennenlernen und eine bessere Grundlage stadtteilbezogener Zusammenarbeit zwischen Multiplikatoren im Stadtteil (z.B. Ehrenbeamte, Ortsbeiräte, Kirchenvertreter) und Vertretern religiöser Zuwanderergemeinden zu fördern.

Beispiel: Projektvorhaben „Stadtteilmütter“. Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (2007) wird gegenwärtig die Erprobung eines Pilotprojekts zur Ausbildung von sog. Stadtteilmüttern erarbeitet. Mit der verwaltungsinternen Abstimmung zur Kooperation mit bereits bestehenden Projekten und zur Vermeidung von Doppelstrukturen ist die Stabsstelle „Aktive Nachbarschaft“ beauftragt. Derzeit wird von einer dreijährigen Erprobungsphase ausgegangen. Ziel des Projektes ist die Ausbildung von Migrantinnen, die zukünftig als sog. „Stadtteilmütter“, in Fragen von Erziehung, Familie und Geschlechterrollen, Bürgerrechten und -pflichten sowie kulturellen Unterschieden in Erziehungsansätzen in ihrem Umfeld beratend und vermittelnd wirken sollen. Überprüft wird dabei insbesondere eine enge Kooperation mit dem vom AmKA seit 2000 durchgeführten Programm „Hippy“ (vgl. S. 117) als einem wirksamen Instrument zur Elternbildung und Sprachförderung und mit dem das in Essen entwickelte Programm „Stadtteilmütter“ in vielen Zielen und Methoden übereinstimmt.

Ein weiteres Ziel einer sozialräumlich orientierten Integrationspolitik ist die Erhöhung der politischen und bürgerschaftlichen Partizipation vor Ort. Die Kommunalen Spitzenverbände empfehlen die verstärkte Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten in politischen Gremien (z. B. Ortsbeiräte) und eine Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenämtern (z.B. durch besondere öffentliche Anerkennung wie den „Frankfurter Nachweis“ über bürgerschaftliches Engagement“).

Beispiel: Projekt „Stadtteilbotschafter“. Die Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main fördert mit ihrem Stipendienprogramm junge Frankfurter, die in ihrer Stadt und ihrem Stadtteil aktiv sind und sich dort für andere einsetzen. Das Projekt richtet sich an junge Leute zwischen 17 und 27 Jahren, die in ihrem Stadtteil eine eigene Idee, wie z.B. einen Einkaufservice für Senioren, einen Film über den Stadtteil oder Ferienspiele für Kinder, verwirklichen wollen. Die Teilnehmer erhalten finanzielle Unterstützung, viel Rat und praktische Hilfe bei der Arbeit an ihrem Projekt. Während der 18-monatigen Laufzeit bietet das Stipendium mehrere Qualifizierungs-Seminare. In einem ersten Jahrgang wurden 2008 auf Anhieb 20 Stipendiaten aufgenommen. In einem weiteren Durchgang wurden 2009 26 Stipendiaten mit Projektvorhaben in 14 Stadtteilen aufgenommen.

In jüngerer Zeit ist in einigen Stadtteilen ein wachsendes Interesse feststellbar, bislang eher monokulturell organisierte und orientierte Einrichtungen und Vereine in vielfältiger Weise zu öffnen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Der Handlungsbedarf ist bei umfangreicher Beratungstätigkeit des AmKA groß. Alle vor Ort ansässigen Einrichtungen und Vereine, unabhängig von der Zusammensetzung und Herkunft ihrer Mitglieder und darüber hinaus alle diejenigen, die sich in ihrem Stadtteil engagieren wollen, sind gefragt, neue Ideen und Initiativen für die Öffnung von Einrichtungen und Vereinen und für neue Kooperationen zu entwickeln.

Beispiel Bürgerhäuser in den Stadtteilen. Die 30 eigenen Häuser der Saalbau GmbH, die für alle Arten von Veranstaltungen – Bildung, Kultur, Freizeit und Geschäftliches – genutzt werden können, sind in den Frankfurter Stadtteilen wichtige Treffpunkte. Der Auftrag der Stadt Frankfurt als Gesellschafterin ist dabei trotz aller Veränderungen im gesamten gesellschaftlichen Leben nahezu unverändert geblieben: allen Bevölkerungsteilen Freiräume zu bieten. In den Saalbauten findet die Weihnachtsfeier eines Unternehmens, neben dem 100jährigen Jubiläum der Chorgemeinschaft statt, ein türkisches Ehepaar feiert seine große Hochzeit – nachdem die Betriebsversammlung eines Großunternehmens gerade erst das Haus verlassen hat. Jugendliche spielen Handball, eine Jazz-Band probt neben der Karnevalsgarde und die Produktpräsentation findet neben der Kleintierzüchter-Ausstellung statt.

Ein wichtiger Indikator für die Situation in Stadtteilen ist die Berichterstattung in lokalen Medien, die umgekehrt die Wahrnehmung von Stadtteilen prägen und verzerren können. Die Frankfurter Integrationsstudie 2008 empfiehlt als Maßnahme eine gezielte Verbesserung des Images bestimmter Stadtteile, die auch die Einstellung zu seinen Bewohnern verändern helfen kann.

Beispiel: Bahnhofsviertel. Das Frankfurter Bahnhofsviertel ist mit seiner gründerzeitlichen, großstädtischen Bausubstanz und als Eingangstor zur Stadt von großer Bedeutung. Es hat darüber hinaus eine über die Stadtgrenze hinausreichende Funktion für die Integration von Zuwanderern. Es leidet unter einer Wahrnehmung als Rotlicht- und Drogenviertel und verzeichnete allein in den 1990er Jahren einen kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang, um fast die Hälfte. Mit einem 2004 begonnenen Förderprogramm wurde das Wohnen im Viertel erfolgreich gestärkt. Die Verbesserung privater Freiräume und öffentlichen Grünraums, Maßnahmen zur Erhaltung einer vielfältigen Gewerbestruktur sowie zur Begrenzung stadtteilinternen Verkehrs sowie Programme zur Steigerung der Verträglichkeit der Drogenszene mit anderen Nutzungen sind nicht ohne Erfolg geblieben. Neben der Vielzahl von Einzelmaßnahmen spielt die Arbeit des Stadtteilbüros, die unterschiedliche Gruppen und interessierte Bürger einbezieht, eine wichtige Rolle. Vermehrte Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, und auch Führungen durch das Bahnhofsviertel sowie die „Bahnhofsviertelnacht“, die 2009 rund 10.000 Besucher anzog, haben dazu beigetragen, Charakter, Belebung und Außenwahrnehmung des Viertels nachdrücklich zu verbessern.

Sakrale Neubauten

In Frankfurt werden mittlerweile über 150 religiöse Zuwanderergemeinden gezählt (vgl. S. 105) Es ist als ein Ausdruck selbst gewählter Integration zu werten, dass sie ihre Präsenz zunehmend in repräsentativen Bauten zum Ausdruck bringen wollen. Die Entwicklung ebenso wie damit einhergehende Probleme sind seit jeher Bestandteil der europäischen Stadtgeschichte.

Neuzuziehende Gruppen und insbesondere die Eröffnung neuer Versammlungsorte haben in der Stadtgeschichte stets Unsicherheit ausgelöst. Kirchen, die heute nebeneinander selbstverständlich zum Stadtbild gehören, waren früher auch Ausdruck eines konkurrierenden Selbstverständnisses

unterschiedlicher Orden oder Konfessionen. Im 18./19. Jahrhundert war im Kontext der jüdischen Emanzipationsbewegung der Bau von Synagogen ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Heute ist in Deutschland zuwanderungsbedingt der Islam die zweitgrößte Religion nach dem Christentum. Entsprechend dominiert die Frage um den Neubau bzw. Umbau von Moscheen derzeit die öffentliche Diskussion durch die Zahl aktueller Fälle; das Thema religiöser Neubauten ist jedoch für alle Konfessionen grundsätzlich gleich zu behandeln.

Während die Bauvorhaben selbst baurechtliche Grundlagen haben, ist den damit verbundenen Veränderungen im Stadtteil eine weiter reichende, nachbarschaftliche Dimension eigen, die von der Bevölkerung auch so verstanden wird. Aus integrationspolitischer Sicht hat der wünschenswerten vorurteilsfreien Offenheit für neue Bauten – in quantitativer Hinsicht zumeist Moscheen – die nachbarschaftliche und weltanschauliche Offenheit von Gemeinden zu entsprechen. Die Bereitschaft, sich auf die Perspektive der jeweils anderen Seite einzulassen, Offenheit für den Diskurs und Transparenz sind in jedem Fall gefragt. Hier sollte von kommunaler Seite geprüft werden, wie solche Verständigungsprozesse zukünftig unterstützt werden können.

Auf Seiten der Bauherren besteht verstärkter Beratungsbedarf vor Kauf oder Anmietung durch die Bauaufsicht. Entsprechende Beratungsangebote werden schon heute gemacht und könnten ausgebaut werden. Auch seitens des AmKA wird empfohlen, sich über weitere Schritte beraten zu lassen (z.B. über Stadtteilstrukturen und eine geeignete Kontaktaufnahme und Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil). Das AmKA unterstützt, sofern es von den Vorhaben Kenntnis erlangt, den frühzeitigen Kontakt mit Vertretern des zuständigen Ortsbeirats sowie künftigen Nachbarn.

Seitens der Bevölkerung bestehen erhebliche Erwartungen an die Politik als vorausschauenden Akteur, die einen weiteren Abstimmungsprozess öffentlicher Stellen und eine umfassende Informationsarbeit nahe legen. Zu der Herausforderung, vor der sich viele deutsche Kommunen gleichermaßen sehen, haben die Fachliteratur und diverse Arbeitsgruppen inzwischen konkrete Vorschläge publiziert.

"Bau- und Betrieb von Moscheen in Deutschland"

Empfehlungen der Deutschen Islam-Konferenz

Die Arbeitsgruppe 2 hat sich seit der 2. Plenarsitzung 2007 der Deutschen Islam Konferenz (DIK) u.a. mit dem Thema "Bau- und Betrieb von Moscheen in Deutschland" befasst und ist im Zwischen-Resümee der DIK zu folgenden Ergebnissen und Empfehlungen gelangt:

Der Moscheebau ist ein wichtiger Schritt zur Integration des Islam in Deutschland. Mit dem Neubau von Moscheen verlassen die muslimischen Gemeinden die Hinterhöfe und provisorisch umgenutzte Bauten und dokumentieren ihren Willen, dauerhaft ein Teil der deutschen Gesellschaft zu sein.

In den Städten und Gemeinden ist der Bau von Moscheen allerdings nicht selten Gegenstand von Konflikten. Gelegentlich spielen Sorgen wegen der entstehenden Verkehrsbelastung eine Rolle. Häufig werden dabei aber Integrationskonflikte ausgetragen. Der Bau der Moschee zeigt im Stadtbild die Präsenz des Islam. Er kann damit Vorbehalte auslösen und Ängste wecken. In den

meisten Fällen verebbt der Konflikt, wenn nach Fertigstellung des Baus der Alltag einkehrt. Manchmal werden aber auch Einstellungen erkennbar, mit denen sich Politik und Gesellschaft über den Einzelfall hinaus auseinander setzen müssen.

Die verfassungsrechtlich garantierte Religionsfreiheit umfasst selbstverständlich auch das Recht der muslimischen Gemeinden, Moscheen zu errichten. Dazu gehören Räume für die Gemeindearbeit. Die Rechtsprechung stellt die Moscheen deshalb den Kirchen und Synagogen bauplanungsrechtlich im Ergebnis gleich. Auch in bauordnungsrechtlicher und immissionsschutzrechtlicher Hinsicht gelten keine Besonderheiten. Gesetzgebung kann deshalb keinen wesentlichen Beitrag zur Lösung oder Milderung der Konflikte leisten. Nützlich könnte eine fachliche Arbeitshilfe mit einzelfallunabhängigen Aussagen vor allem zu der häufig umstrittenen Frage der Stellplätze bei Bauten zu gottesdienstlichen Zwecken sein.

Kommunalpolitik und Kommunalverwaltungen können darauf hinwirken, Moscheebaukonflikte zu begrenzen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Hilfreich sind eine Stadtentwicklungspolitik, die sich aktiv mit dem Bedarf und möglichen Standorten von Moscheen auseinandersetzt, und eine Öffentlichkeitsarbeit, die den Bau von Moscheen ausdrücklich befürwortet, dabei vorhandene Ängste in der Bevölkerung aber ernst nimmt.

Die muslimischen Bauherren sollten durch eine rechtzeitige und sorgfältige Unterrichtung auf eine breite Akzeptanz ihres Bauvorhabens hinwirken. Dabei sollte auch erläutert werden, wer die Moschee trägt, welche Aktivitäten dort geplant sind und wie der Kontakt zu ihrer Umgebung gestaltet werden soll. Hilfreich ist auch eine möglichst weitgehende Transparenz hinsichtlich der Finanzierung. Werden nicht nur Flächen vorgesehen, deren Nutzung wie bei einer Fleischerei für halal-Fleisch oder der Wohnung für den Imam einen engen Zusammenhang mit der Religionsausübung aufweist, sondern z. B. aus Gründen der Finanzierung zusätzlich gewerbliche Einrichtungen oder Wohnungen errichtet, ist darauf zu achten, dass städtebauliche oder Integrationsprobleme nicht verschärft werden.

Die rechtzeitige Heranziehung geeigneter Personen als Berater oder die Einsetzung eines Mediators kann die Konflikte um den Bau einer Moschee mildern oder ganz verhindern. Die Initiative dazu kann von der muslimischen Gemeinde wie von der Kommune ausgehen. Für diese Aufgabe kommen Persönlichkeiten in Betracht, die das Vertrauen und das Ansehen, über das sie auf beiden Seiten verfügen, einsetzen können.

Die Politik und die Öffentlichkeit, insbesondere auf lokaler Ebene, Medien und Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften, die Bauherren und die Nachbarschaft tragen gemeinsam Verantwortung dafür, dass die Diskussion über den Bau von Moscheen sachlich geführt wird und damit die Integration des Islam in Deutschland voranbringt und nicht in Frage stellt.

Arbeitsgruppe 2 „Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis“ aus dem Zwischen-Resümee der Arbeitsgruppen der DIK, 2008.

Handlungsperspektiven zur Diskussion

Die unterschiedlichen Frankfurter Stadtteile und das nähere Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger, sind ein wichtiger Teil der Integrationspolitik. Konflikte entstehen in Nachbarschaften; umgekehrt sind erfahrungsgemäß Vorurteile dort geringer, wo Menschen in geeigneter Form regelmäßig aufeinander treffen. Das Zusammenleben im Stadtteil kann auch positive Beispiele gegenüber Versuchen setzen, von außen Probleme auf sie zu projizieren. Ein stadtteilorientierter Ansatz ist eine geeignete Grundlage für den Ausbau von Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe verschiedener städtischer Stellen, die alle Einwohnerinnen und Einwohner und viele Politikfelder gleichermaßen betrifft. Auch beim Aufbau eines städtischen Integrationsmonitoring ist ein sozialraumorientierter Ansatz wichtig, der Akteuren auf Stadtteilebene regelmäßig zur Verfügung gestellt werden sollte.

Wir schlagen vor, in verschiedenen Stadtteilen Anlaufstellen zu schaffen, die nach dem Muster erfolgreicher Vorbilder, bei Stadtplanung und Einzelvorhaben mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten und unterschiedliche Gruppen zur Teilhabe ermuntern. Wir schlagen vor, Erfolge und Leistungen in den einzelnen Stadtvierteln im Sinne einer sachlich begründeten Imagekampagne stärker zu kommunizieren.

Wir schlagen vor, stadtweit eine Bestandsaufnahme der in den Stadtvierteln derzeit bestehenden Netzwerke, Arbeitskreise, Runden Tische, Begegnungsräume und Treffpunkte, insbesondere solcher interkultureller und integrativer Aktivitäten vorzunehmen. Dabei könnte als mittelfristiges Großprojekt der Aufbau eines internetbasierten ‚Integrationsatlas‘ sinnvoll sein, dessen Datenbank Angebote nach thematischen und geographischen Gesichtspunkten zu entnehmen sind. Wir schlagen vor, den möglichen Ausbau von Bildungseinrichtungen zu Stadtteilzentren zu prüfen sowie binationale Familien vermehrt in ihrer Brückenfunktion anzusprechen. In Kooperation mit interessierten Stadtteilen wären entsprechende Modelle zu entwickeln, auszubauen und zu erproben. Dies gilt auch für die Überlegung, an zentralen Stellen Infotafeln, falls erforderlich mehrsprachig und ggf. internetbasiert, aufzubauen.

Die Förderung des Wohnungseigentums weiterer Gruppen ist zu prüfen, Mieterinformationen könnten vermehrt mehrsprachig vorgehalten werden. In der Entwicklung neuer Konzepte für die Wohnstadt Frankfurt scheint die Einrichtung dauerhafter Arbeitsgruppen sinnvoll.

In der Frage religiöser Neubauten regen wir die Einrichtung eines dezernatübergreifenden Arbeitskreises an, in dem Fachleute der beteiligten Ämter – auch unter Hinzuziehung weiterer relevanter Multiplikatoren – Bauvorhaben koordinieren und von Anfang an begleiten.

Der gebaute und der politische öffentliche Raum

Prof. Alfred Jacoby

Als Architekt heute über Raum nachzudenken, bedeutet immer auch politisches Denken. Raum ist schon lange nicht mehr nur eine Domäne der Planer und Technokraten, die sich Gedanken machen, wie sie unsere gebaute Zukunft gestalten könnten. Dabei spielt es keine Rolle, ob heute das Verfahren, wie wir zu solchen geplanten Umwelten kommen, demokratisiert, also mit Beteiligung von Bürgern oder mit Einspruchsmöglichkeiten ausgestattet sind.

Politiker in unseren Städten haben gelernt, dass eine Stadt ein Bild – ein Image braucht. Etwas, das auf einfache Art und Weise das Wesentliche der Stadt als einem Container des öffentlichen und privaten Lebens abbildet.

Das Bedürfnis nach Civitas, dem öffentlichen Raum, dem gleichzeitig gebauten wie besprochenen Erlebnisfeld in einer Stadt, ist immer gleich wichtig geblieben.

Merians Stadtansichten aus dem 15. Jahrhundert waren gute Imageträger der mittelalterlichen Städte. Zumeist zeigen sie eine Gemeinschaft, die mit sich im Einklang war. Die Stadt war ein eng umgrenzter Ort, der Zugang in sie nur über Stadttore möglich. Vor der Stadtmauer lagen die Felder, von denen die Stadt sich ernährte. Über die Stadtmauern hinaus sieht man in Merians Zeichnungen dann noch die Gebäude mit politischer Bedeutung: die Schlösser, Rathäuser, Kirchen und Handelskontore sowie die Zunfthäuser und Speichergebäude. – Der Rest verschwindet in einer aneinandergefügten Häusermasse.

In der mittelalterlichen Stadt war man unter sich. Wer dazugehörte und wer abends wieder gehen musste, wer also Bürgerrechte besaß und wer nicht, war an der Kontur des Gebauten abzulesen.

Die großen Veränderungen kamen mit der Industrialisierung in unsere Städte. Plötzlich fraß sich die Stadt durch explosives Wachstum in den vor ihr liegenden Raum. Die Stadtmauern verschwanden und die Unterscheidung zwischen ‚Insidern‘ und ‚Outsidern‘ entfiel. Wer heute in Frankfurt an den Eschersheimer Turm fährt, kann das anschaulich erleben. Dort überragen ganz andere Türme einer globalen Einkaufswelt heute das wie ein Spielzeug aus der Playmobilwelt anmutende Stadttor.

Dolf Sternberger hat das 19. Jahrhundert zum Zeitalter des Panoramas ausgerufen, das ist in dem Sinn zu verstehen, dass wir in dieser Zeit wohl das erste Mal unsere Welt als ein zusammenhängendes Ganzes, ein aus Technik, Kultur und Geschichte gemachtes ‚Weltbild‘ verstanden. Ab da war nicht nur die Kathedrale als Stadtkrone wahrnehmbar, sondern in der Folge kamen mit der Erfindung des Fahrstuhls der Eiffelturm und das Hochhaus, der Skyscraper, in unser städtisches Blickfeld.

Das Gefühl ‚entre nous‘ in unserer Gesellschaft zu sein vollbringen heute vielleicht noch Fußballvereine. Die Stadtansichten tun es scheinbar nicht mehr.

Woran liegt das?

Unsere Städte haben sich nicht nur technisch sondern inzwischen auch demografisch sehr verändert. Es sind viele neue Akteure hinzugekommen. Viele Interessengruppen und Gemeinschaften, auch Religionsgemeinschaften, ringen heute um Anerkennung im öffentlichen Raum. – Sie wollen alle ein sichtbarer Teil der Stadt sein um einen ‚Platz an der Sonne‘ innerhalb des Stadtpanoramas zu erlangen. Das ‚entre nous‘ ist ein anderes geworden.

Nicht umsonst nennt man Frankfurt das europäische ‚Ma(i)nhattan‘ mit einer Skyline, die man kennt und mit der sich hervorragend Imagewerbung als welt-offener Standort, in dem jeder Platz und Ausdruck findet, machen lässt. Sie ist ein Hybrid, ein Zwitter aus einer amerikanischen Stadt und der alt her gebrachten ‚Stadt am Main‘.

Es besteht ein großer Unterschied zwischen den europäischen und den amerikanischen Städten. In den nordamerikanischen Städten fehlen die gebauten Erfahrungen der frühen durch die Religion und den Handel geprägten Jahrhunderte. Dort findet man also etliche der historischen Schichten nicht, die über die Zeit der Aufklärung hinaus zurückreichen. Gegenüber der europäischen Stadt ist sie deshalb eine Stadt ganz und gar anderer Zeitrechnung.

Europa bietet also ein ganz anderes Bild (Image) und das verlangt deshalb auch nach einer ganz anderen Vorgehensweise. Die europäische Stadt sollte politisch nicht nur als ein Ort, in dem die Fahne der EU hochgehalten wird, begriffen werden. Sollte man sich, einem Archäologen gleich, auch ihre historischen Schichten und Bauten anschauen.

Obwohl in Deutschland der Verlust der Innenstädte durch den 2. Weltkrieg am gravierendsten war, ist uns das erst seit kurzem bewusst.

Alexander Mitscherlichs ‚Die Unwirtlichkeit unserer Städte‘ aus den 60 er Jahren des letzten Jahrhunderts, handelt vom zerstörerischen Tun der Nachkriegsplaner in Deutschland und erzählt vom mutwilligen ‚Sanieren‘ (= Abriss) dessen, was in unseren Städten trotz dem selbst verschuldeten Krieg noch stehen geblieben war. Das Verständnis für die eigene lange Geschichte war damals überlagert von einem ‚die Geschichte am besten vergessen wollen – bis Gras darüber gewachsen ist‘.

Wenn aber Gras darüber gewachsen ist, sind die Bauten entweder verschwunden oder es sind unbrauchbare Ruinen. Der politisch aktuelle öffentliche Raum ist also immer auch ein Raum mit einer aktuellen Vergangenheit. Baulich zeigt sie sich ihren gebauten Monumenten.

Das erlaubt es uns natürlich trotzdem jederzeit, dem Stadtensemble neue Monumente hinzuzufügen. In einer weltoffenen Stadt müssen das auch Bauwerke sein, die zunächst als ‚kulturelle Importware‘ gelten könnten. Wir sollten das zulassen, denn solche Gebäude widerspiegeln eigentlich nur unsere eigene Toleranz und Dialogfähigkeit. Die gebaute Stadt taugt also doch noch dazu, den öffentlichen politischen Raum über sein gebautes Bild zu vermitteln. Dabei spielen weiterhin einprägsame Monumente der Stadt die entscheidende Rolle.

So viel hat sich also in der politischen Wahrnehmung von Bildern seit Merian gar nicht geändert. Es sind nur neue und diversere politische Akteure und der daraus resultierende veränderte Anblick, die den Unterschied ausmachen. In einer Mediengesellschaft sind wir viel stärker zu Augenmenschen mutiert, als es sich Merian jemals vorstellen konnte.

Alfred Jacoby ist Architekt in Frankfurt am Main.